

# liberal international **li-KURIER**

AUSGABE 01|2017  
WWW.DGLI.DE

MAGAZIN DER DEUTSCHEN GRUPPE DER  
LIBERAL INTERNATIONAL E. V. (DGLI)



Patrick Meinhardt

*Liebe Freundinnen und  
Freunde der DGLI,*

kein Zeitpunkt ist für europäisches  
und internationales Engagement  
geeigneter als der jetzige.

Viele haben das Gefühl, dass die  
Welt aus den Fugen gerät, wenn  
nicht Menschen eigenen Wuchses und eigenen Charakters sich engagiert für  
unsere Zukunft einbringen.

Und genau deswegen möchten wir, dass Sie Mitglied in der Deutschen Grup-  
pe der Liberalen Internationalen werden. Wir brauchen Menschen, die in  
unsteten Zeiten sich engagiert in unserer Gruppe und den Landesektionen  
einbringen.

Wem die Zukunft Europas nicht egal ist, wem eine globale Friedensordnung  
ein Herzensanliegen ist und wer in Zeiten wahnwitziger Diktatoren und erschütternder Terroranschläge ein entschiedenes und starkes Auftreten liberaler Rechtsstaaten will, der kann sich nicht im Sessel zurücklehnen, sondern muss sich eingestehen:

Wann wenn nicht jetzt ist mein Engagement gefordert. Seien Sie dabei und  
sprechen Sie uns direkt an!

Merken Sie sich auch jetzt schon gerne in Ihrem Terminkalender Samstag,  
den 17. Juni vor. An diesem für uns Deutsche so wichtigen Freiheitstag veran-  
stalten wir zur Zukunft Europas unseren LI-Day.

Wir freuen uns auf Sie!  
Ihr

**Patrick Meinhardt**

Präsident der Deutschen Gruppe der Liberalen Internationalen  
Vizepräsident der Liberalen Internationalen

**Impressum:** LI-Kurier – Magazin der Deutschen Gruppe der LIBERAL INTERNATIONAL e. V. (DGLI), 18. Jahrgang, Anschrift: Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Gruppe der LIBERAL INTERNATIONAL (DGLI), Reinhardtstr. 16, 10117 Berlin, E-Mail: info@dgli.de, Homepage: www.dgli.de, Redaktion: Manfred R. Eisenbach, Generalsekretär, E-Mail: manfred.eisenbach@dgli.de, Sven Heise, Beisitzer, E-Mail: sven.heise@dgli.de, Redaktionsschluss: 07.04.2017.



## TERMINE

**28.-30.04.2017**  
INFOSTAND BEIM  
FDP-BUNDESPARTEITAG  
ORT: STATION BERLIN

**30.04.2017 14:00 UHR**  
PRÄSIDIUMSSITZUNG  
ORT: HANS-DIETRICH-GENSCHER-  
HAUS IN BERLIN

**18.-21.05.2017**  
LI-JAHRESKONGRESS „70 JAHRE  
LIBERAL INTERNATIONAL“  
ORT: ANDORRA

**16.06.2017 18:00 UHR**  
PRÄSIDIUMSSITZUNG  
ORT: HANS-DIETRICH-GENSCHER-  
HAUS IN BERLIN

**17.06.2017 10:00 UHR**  
XII. LIBERAL INTERNATIONAL DAY  
ORT: ATRIUM DER DEUTSCHEN  
BANK AG, UNTER DEN LINDEN 13-15  
(EINGANG CHARLOTTENSTR. 37/38),  
10117 BERLIN

**17.06.2017 14:30 UHR**  
DGLI-JAHRESMITGLIEDER-  
VERSAMMLUNG  
ORT: ATRIUM DER DEUTSCHEN  
BANK AG, UNTER DEN LINDEN 13-15  
(EINGANG CHARLOTTENSTR. 37/38),  
10117 BERLIN

**24.09.-06.10.2017**  
STUDIENREISE  
NACH INDONESIA / JAVA  
ORT: INDONESIA / JAVA

**11.11.2017**  
DGLI-MITGLIEDERVERSAMMLUNG  
MIT NEUWAHL DES PRÄSIDIUM

**01.-03.12.2017**  
ALDE PARTY CONGRESS  
ORT: AMSTERDAM

## DGLI BESUCH DES EU-PARLAMENTES IN STRASSBURG AM 14. MÄRZ 2017



Besucherguppe vor den 28 Fahnen des EU Parlamentes

Foto: Dr. Wolfgang Tischler

Unser Präsidiumsmitglied Dr. Wolfgang Tischler organisierte am 14. März 2017 einen sehr gelungenen und erfolgreichen Besuch des EU- Parlamentes. Die 55-köpfige Besuchergruppe – darunter auch der 1. Vorsitzende der DGLI Sektion Hessen Norbert Wied und Ingeborg Luijendijk, seine Stellvertreterin – wurden von den Europaabgeordneten Hans van Baalen, Präsident der ALDE Party, und Angelika Mlinar, Vizepräsidentin der ALDE Party sowie von Alexander Graf Lambsdorff, Vizepräsident des Europäischen Parlaments sowie Vorsitzender der FDP im Europäischen



Herr Hans van Baalen im Gespräch mit unserem Vizepräsidenten Dr. Wolfgang Tischler

Foto: Dr. Wolfgang Tischler

Parlament, zu sehr interessanten Vorträgen und Beantwortungen von Fragen empfangen.

Dr. Wolfgang Tischler,  
Vizepräsident der DGLI

# LET LIBERALISM ARISE!



Bei Betrachtung des Weltgeschehens wird jedem Beobachter klar, dass der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama mit seiner berühmten These vom „Ende der Geschichte“ – 1992 nach Fall des Eisernen Vorhangs und Niedergang des Sowjetimperiums aufgestellt – nicht Recht hatte. Das „siegreiche“ Modell westlich liberaler Demokratien, das seinen Bürgern in der Geschichte nie gekannte Friedenszeit, Freiheit, Prosperität und soziale und rechtliche Sicherheit brachte, steht in einem harten Stresstest: Die Globalisierung mutiert zur Quelle wirtschaftlicher und sozialer Malaise; die Vierte Industrielle Revolution mit ihrer exponentiellen Digitalisierung wird als Sprengstoff empfunden; verängstigt durch Migration und Terrorismus wird in offenen, liberalen Gesellschaften wie den USA und der EU der Ruf nach Kontrolle, Abschottung und mehr Souveränität lauter; für illiberale Demokraten und autoritäre Populisten, die den Interessen der nach Schutz und Sonderregelung Rufenden nicht wirklich gerecht werden, ist die Demokratie nur der Zug, auf den sie aufspringen, bis sie am Ziel sind.

Angesichts dieser bedrückenden weltpolitischen Entwicklung und in Erinnerung an Winston Churchills berühmtem Ausspruch „Never miss a crisis“ startete auf Anregung von LI-Präsident Dr. Juli Minoves Triquell Liberal International und ALDE-Partei vor drei Jahren unter dem Leitgedanken „Reclaiming Liberalism in the 21st Century“ einen intensiven Diskussionsprozess. Nach einer Serie von Symposien und Konferenzen legte eine international besetzte Arbeitsgruppe von eminenten

liberalen Persönlichkeiten unter Vorsitz von DGLI-Mitglied Professor Dr. Karl-Heinz Paqué zwischenzeitlich den zweiten überarbeiteten Entwurf eines „Liberal Manifesto 2017“ vor, das am 10. April 2017 an historischem Ort in Oxford anlässlich einer Feierstunde zum 70-jährigen Bestehen der Liberal International und der Verabschiedung der Oxforder Erklärung von 1947 vom LI-Präsidium angenommen wurde und auf dem nächsten LI-Kongress am 18./20. Mai 2017 in Andorra verabschiedet wird. (Zu dieser Jubiläumsveranstaltung sind Sie herzlich eingeladen; Näheres können Sie über die Web-Seite [www.liberal-international.org](http://www.liberal-international.org) entnehmen.)

In einer Präambel, die auf die Verabschiedung des wichtigen „Oxford Manifesto 1947 – der „Magna Charta“ der Liberalen nach den Schrecken und Verwüstungen zweier Weltkriege – Bezug nimmt, und drei Kapiteln sowie zehn politischen Grundsätzen werden Vision, Herausforderungen und Antworten beschrieben, die den Liberalen essentiell erscheinen, um Meinungsführerschaft im politischen Diskurs zurückzugewinnen und Wahlen erfolgreich zu bestehen – so wie es Christian Lindner vor kurzem auf den Punkt brachte: „Wenn die Welt verrückt geworden ist, doch mal was Vernünftiges wählen.“

Vor dieser Entscheidung stehen in dem europäischen Superwahljahr 2017 die Wahlberechtigten nach den Niederlanden, in denen sich unsere beiden liberalen Freunde von VVD und D66 in die strategische Position bei der Regierungsbildung brachten, nun in Frankreich und im Herbst in Deutschland. Möglicherweise reiht sich noch

Italien nach dem Scheitern der Regierung Renzi und der Gefahr des Rückfalls in die frühere, lähmende Parteienzersplitterung mit vorgezogenen Parlamentswahlen als viertes Gründungsland der Europäischen Gemeinschaften in diesen Konvoi ein. Angesichts der Brexit-Entscheidung des britischen Volkes, der immer noch nicht ausgestandenen Folgen der Finanzkrise und der ausgeprägten Wachstumsschwäche mit hoher Arbeitslosigkeit in der EU, der blutigen Krisenherden in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas, der Bedrohung durch Daesh, der Flüchtlingsvölkerwanderung und nicht zuletzt der tiefgreifenden politischen Veränderungen in den USA nach dem Wechsel der Administration sieht sich die EU einer Vielzahl von politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen ersten Ranges konfrontiert, für die es keine schnellen Patentlösungen gibt.

Gerade weil die Handlungsfähigkeit der EU zunehmend in Zweifel gezogen wird und die politische Mitte von populistischen, radikalen und nationalistischen Ränder von links und rechts verstärkt unter Druck kommt, fühlen sich die europäischen Liberalen nach wie vor ihrem Wahlkampfslogan von 2014 für „ein Europa, das funktioniert“, verpflichtet. Mit pragmatischen und freiheitlichen Antworten kämpfen sie für den Fortbestand des Friedensprojekts Europa und für eine offene, demokratische europäische Zivilgesellschaft, die mit der EU den Anspruch verbindet, werteverpflichtet, reformorientiert und wettbewerbsstark weiterhin zu den Gestaltungsmächten zu gehören. Diesem Thema widmet sich im Übrigen auch der XII. Liberal

International Day der DGLI, der am Samstag, dem 17. Juni 2017, im Atrium Unter den Linden der Deutschen Bank stattfinden wird und zu dem Sie herzlich eingeladen sind; Näheres bitte über die Homepage [www.dgli.de](http://www.dgli.de) entnehmen.

Diese Herausforderung gilt selbstredend für die Liberalen weltweit. Die liberale Demokratie hat sich nicht, wie irrtümlich in politischen oder auch intellektuellen Kreisen häufig behauptet, „zu Tode gesiegt“. Der Blick in die Welt zeigt schrill das Gegenteil: Freiheitliche Lebensführung in einer offenen, demokratischen und fairen Zivilgesellschaft steht heute vielleicht mehr denn je unter Druck. Umso mehr verbietet es sich, sich mit dem Platz auf dem Beifahrersitz zufriedenzugeben. Das Selbstverständnis der Liberalen hat den Anspruch, im politischen Wettbewerb „Rule Setter“ zu sein: Denn, wie Albert Camus einmal treffend bemerkte, besteht Freiheit nicht in erster Linie aus Privilegien, sondern aus Pflichten und Verantwortung – für sich selbst und für den Anderen. Diese ethische Maxime ist bei der Standortbestimmung des Liberalismus im 21. Jahrhundert und für dessen Vermittlung von außerordentlichem Belang. Liberal-Sein ist mehr als eine intellektuelle Kopfentscheidung, es ist auch die emotionale Zuwendung zum Anderen und zur Gesellschaft: Let Liberalism Arise!

Manfred R. Eisenbach  
Generalsekretär der DGLI  
Schatzmeister der Liberal International

# WAS GEHT DEUTSCHE UNTERNEHMEN DIE VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE IN ASIEN ODER LATEINAMERIKA AN?

Am 10. März 2017 hat der Bundestag ein Gesetz mit dem sperrigen Titel „CSR-Richtlinie Umsetzungsgesetz“ verabschiedet. Der Begriff Corporate Social Responsibility (CSR) bezeichnet die Gesellschafts- und Sozialverantwortung von Unternehmen. Er umschreibt den freiwilligen Beitrag der Wirtschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung, der über die gesetzlichen Forderungen (Compliance) hinausgeht. Das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten haben 2014 beschlossen, ökologische und soziale Aspekte von Unternehmen für die Öffentlichkeit transparenter zu machen. Mit dem Gesetz vom März 2017 wird erstmals in Deutschland eine Berichterstattung zur Nachhaltigkeit von Unternehmen vorgeschrieben. Sie betrifft insbesondere Unternehmen, die am Kapitalmarkt aktiv sind mit mehr als 500 Mitarbeitern. Sie sollen künftig stärker über „nicht-finanzielle“ Aspekte mit Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Finanzlage des Unternehmens berichten. Dabei geht es u.a. um Informationen zu Umwelt-, Sozial-, Arbeitnehmer- und Menschenrechtsbelange sowie die Bekämpfung von Korruption. Die



Foto: Digitalpress / Fotolia

Richtlinie wird in das Handelsgesetzbuch (HGB) eingefügt. Bei Nichtbeachtung ist eine Geldbuße in beträchtlicher Höhe gemäß dem Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) vorgesehen.

17 EU-Staaten haben die Berichtspflicht bereits umgesetzt. Frankreich geht weiter als die BRD, in dem es die Verantwortung von französischen Unternehmen für ihre Lieferketten gesetzlich verankert. In den Niederlanden wurde sogar ein Gesetz zur Verhinderung von Kinderarbeit verabschiedet. Das deutsche Gesetz enthält keine Berichtspflicht zum Bereich „Wirtschaft und Menschenrech-

te“. Zwar hat die Bundesregierung im Dezember 2016 einen „Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte“ verabschiedet. Sie schreckt jedoch bisher davor zurück, deutsche Unternehmen für die Verletzung von Menschenrechten im Ausland in die Pflicht zu nehmen.

Dennoch wird die Achtung der Menschenrechte für Unternehmen auch in Deutschland mehr und mehr zu einem strategischen Thema. Zunehmende Medienberichterstattung über Arbeits- und Lebensbedingungen in Drittstaaten führt zu einer stärkeren Sensibilisierung von Investoren und Verbrauchern und damit auch zu der Forderung nach stärkerer Beachtung der Menschenrechte durch deutsche Unternehmen im Ausland.

Lilli Löbsack, Strafverteidigerin in Berlin, Vizepräsidentin der DGLI, Mitglied des Bundesfachausschusses „International Politik“ der FDP und Mitglied des Human Rights Committee von Liberal International

## KOLUMBIEN – FREIHEIT BRAUCHT FRIEDEN

Juan Manuel Santos nannte das Ende des jahrzehntelangen Bürgerkrieges gegen Guerillas und Drogenkartelle in seiner Nobelpreisrede „das Unmögliche möglich machen“. Also: das unvorstellbare Mögliche Realität werden zu lassen. Wenn Kolumbianer in Medellin und Bogota über die Vergangenheit sprechen, ahnt man, was sozialer Unfriede mit Freiheit macht: abgeriegelte Wohngebiete, Tabuzonen in Stadt und Land, Schulausflüge in eskortierten Kolonnen, permanente Angst vor Gewalt, die Initiativen abwürgt und Ideen beschneidet, Freiräume schrumpfen lässt. Priorität ist Sicherheit statt Gestaltung. Anpassung statt Entfaltung.

Kolumbien macht Deutschen meiner Generation klar, welches Privileg der soziale Friede war, in dem wir aufwachsen konnten.

Santos hat Recht: das Unvorstellbare ist möglich. Sowohl der Gewinn als auch der Verlust von Freiheit. Die Kolumbianer zeigen uns, dass unser Vorstellungsvermögen über die Freiheit entscheiden kann, die es ohne sozialen Frieden nicht gibt. Freiheit, auf einen Weihnachtsmarkt zu gehen. Freiheit, sich zu kleiden, wie man will. Freiheit, seine Liebe zu bekennen, egal welchem Geschlecht sie gilt. Freiheit zu sagen, was man denkt, zu glauben oder sich für Ungläubigkeit zu entscheiden.

Kolumbien hat viel gewonnen.

Dr. Christoph Dietrich  
DGLI Bundespräsidiumsmitglied

## DGLI-SEKTIONEN

**BADEN-WÜRTTEMBERG**  
Sektionspräsident  
Daniel Obst  
E-Mail: office@judgedan.de

**BAYERN**  
E-Mail: info@dgli.de

**BERLIN**  
Sektionsvorsitzende  
Saba Farzan  
E-Mail: saba.farzan64@gmail.com

**BRANDENBURG**  
Sektionspräsident: Jan Syrë  
E-Mail: jan@syre.de

**HAMBURG / SCHLESWIG-HOLSTEIN**  
Sektionsvorsitzende  
Maria Luisa Warburg  
E-Mail: m.l.warburg@hamburg.de

**HESSEN**  
Sektionspräsident  
Norbert Wied  
E-Mail: norbert.wied@web.de

**MECKLENBURG-VORPOMMERN**  
Sektionsvorsitzender  
Gino Leonhard  
E-Mail: gino-leonhard@online.de

**NIEDERSACHSEN / BREMEN**  
E-Mail: info@dgli.de

**NORDRHEIN-WESTFALEN**  
Sektionsvorsitzende  
Claudia Bögel-Hoyer  
E-Mail: claudia.boegel-hoyer@web.de

**RHEINLAND-PFALZ**  
Sektionsvorsitzender  
Johannes Knewitz  
E-Mail: johannesknewitz@gmail.com

**SAARLAND**  
E-Mail: info@dgli.de

**SACHSEN**  
E-Mail: info@dgli.de

**SACHSEN-ANHALT**  
Sektionspräsident  
Kai Gleißner  
E-Mail: mail@kaigleissner.de

**THÜRINGEN**  
Sektionsvorsitzender  
Dr. Wolfgang Weisskopf  
w.weisskopf@weisskopf-law.com

**AUSLANDSSEKTION EUROPA**  
E-Mail: info@dgli.de

Deutsche Gruppe Liberal International e. V.,  
Reinhardtstr. 16, 10117 Berlin



Bitte ausgefüllt und unterschrieben per Post oder Email [info@dgli.de](mailto:info@dgli.de) an die DGLI senden!



An die  
Deutsche Gruppe der Liberal International e.V.  
Reinhardtstr. 16  
10117 Berlin

## MITGLIEDSANTRAG\*

Hiermit beantrage ich,

Name, Vorname: ..... Geburtsdatum: .....

Straße, Hausnummer: .....

PLZ, Stadt: .....

Tel., Fax, E-Mail: .....

die **Mitgliedschaft** in der Deutschen Gruppe der Liberal International e.V. (DGLI).

Jahresbeitrag:

Der Jahresbeitrag beträgt 50,00 Euro für die **Einzelmitgliedschaft**, 80,00 Euro für **Ehepartner** (40,00 Euro je Partner) und 30,00 Euro für **Auszubildende, Schüler und Studenten** (auf **besonderen Antrag** nach Beschluss des Präsidiums).

Zur jeweiligen Fälligkeit erhält jedes Mitglied eine Rechnung in Höhe des fälligen Jahresbeitrages.

Datum: ..... Unterschrift: .....

\*Bitte deutlich, ggf. in Druckbuchstaben, schreiben!